

In 76 Gemeinden Stellen zur Gleichstellung von Mann und Frau

Bereits 76 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen haben Gleichstellungsstellen eingerichtet. Ferner haben fünf Kreise und die Landschaftsverbände in ihrem Bereich Gleichstellungsbeauftragte bestellt. Das geht aus der Antwort von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Beatrix Philipp hervor (Drs. 10/2064 und 10/1862).

Die Abgeordnete hatte darauf hingewiesen, in der letzten Zeit seien „einvernehmlich“ mehrere Gleichstellungsbeauftragte in Städten und Gemeinden aus ihrem Dienst in den jeweiligen Verwaltungen ausgeschieden. Kontakte hätten ergeben, daß die Gründe dafür zum Beispiel unterschiedliche Bewertungen der Arbeits- und Handlungsmöglichkeiten von Gleichstellungsbeauftragten gewesen seien. Frau Philipp hatte deshalb gefragt, ob der Landesregierung diese Fälle bekannt seien, und welche Initiativen sie zur Lösung dieser Problematik ergriffen habe.

Rau betont in seiner Antwort, die Landesregierung wolle den Gemeinden, die sich noch nicht hätten entschließen können, eine Gleichstellungsstelle einzurichten, Mut machen. Die Parlamentarische Staatssekretärin für die Gleichstellung von Mann und Frau unterstütze die Arbeit von Gleichstellungsstellen und Fraueninitiativen durch Treffen.

Der Ministerpräsident räumt indessen ein, der Landesregierung seien Fälle bekannt, in denen es aus unterschiedlichen Gründen zu personellen Schwierigkeiten gekommen sei. Die Landesregierung habe jedoch keine Möglichkeit, Aufsichtsmaßnahmen in Betracht zu ziehen. Die Gemeinden müßten aufgrund ihrer Personalhoheit diese Konflikte unbeeinflusst bereinigen. Auch in ihrem eigenen Kompetenzbereich schließe die Landesregierung Konflikte grundsätzlich nicht aus.

Auslandsreisen

Die Bundesbürger sind nach Auffassung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes Weltmeister bei Auslandsreisen geworden. In einer Presseinformation weist der Verband darauf hin, allein 1986 hätten sie 45 Milliarden DM für ihren Urlaub außerhalb der Landesgrenzen ausgegeben.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 88 43 03, 88 43 04 und 88 45 45, btx: # 568 01*

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Druck: Rheindruck Düsseldorf GmbH

Porträt der Woche



Georg Gregull (CDU)

Er zählt zu jenen Menschen, die sich insbesondere um die Schwächeren in der Gesellschaft kümmern – sozusagen von Beruf wegen, nicht minder aber auch aus innerer Einstellung. Der CDU-Landtagsabgeordnete Georg Gregull ist Sozialarbeiter. Und als Geschäftsführer im Caritasverband wird der Remscheider fast täglich mit den Problemen der sozial Schwachen, der behinderten und älteren Mitbürger, der kinderreichen Familien konfrontiert. Sein Anliegen: Den Anspruch dieser Menschen auf einen ihnen zustehenden Platz in der Gemeinschaft zu unterstützen und möglichst durchzusetzen. Eine schwere, eine nahezu unlösbare Aufgabe.

Die schweren Jugendjahre von Georg Gregull dürften sicherlich die spätere Lebensplanung entscheidend beeinflusst haben. Nach der Besetzung des ostpreußischen Reichenberg durch die Sowjets wurde sein Vater deportiert. Als Sechzehnjähriger kam der gebürtige Ostpreuße 1948 allein und völlig mittellos in die Bundesrepublik, in ein Jugenddorf nach Delmenhorst. Er absolvierte die Lehre als Betonbauer, machte anschließend die Facharbeiterprüfung und war mehrere Jahre in diesem Beruf tätig. Später besuchte er die Fachoberschule für Sozialarbeit in Köln und schloß sie als graduiertes Sozialarbeiter ab. Mehrere Praktika folgten.

Nach seinem Eintritt in die CDU 1962 widmete sich Georg Gregull schon bald als sachkundiger Bürger im Sozial- und Gesundheitsausschuß des Remscheider Stadtrates den sozial Schwachen. Seit 1969 gehört der Christdemokrat auch dem Stadtparlament an und seit 1977 ist er Vorsitzender der CDU-Fraktion. Der Jugend- und Sozialbereich ist außerdem sein Wirkungsfeld in der Landschaftsversammlung Rheinland, wo er Vorsitzender des Landesjugendwohlfahrtsausschusses ist. Den CDU-Kreisverband führte er gut zehn Jahre lang, bis 1981.

Der CDU-Landtagsabgeordnete zog nach der letzten Landtagswahl 1985 über die Reserveliste seiner Partei in das Düsseldorfer Landesparlament ein. Aufgrund seiner mannigfaltigen praxisorientierten Erfahrungen berief seine Fraktion ihn in den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge, sowie in den Ausschuß Jugend und Familie. Zwei Parlamentsausschüsse, die ein besonderes Engagement ihrer Mitglieder erfordern.

Die wachsende Zahl älterer Menschen ist für Georg Gregull eine Herausforderung an

die anderen Mitbürger. „Sie brauchen vor allem unsere persönliche Zuwendung.“ Große Bedeutung mißt er in diesem Zusammenhang der Nachbarschaftshilfe bei. Die Altenpflege dürfe sich nicht nur auf die materielle Versorgung beschränken, ihre Helfer müßten „auch die Zeit dafür haben, um auf die persönlichen Anliegen dieser Menschen eingehen zu können“. Daher sei ein enges Zusammenspiel zwischen haupt- und ehrenamtlichen Kräften notwendig. Aber auch das Freizeitangebot muß sich nach Ansicht des CDU-Abgeordneten stärker der Bevölkerungsveränderung anpassen.

Zu einem weiteren Schwerpunkt seiner parlamentarischen Arbeit zählt der Jugendbereich. So war Georg Gregull federführend bei der Großen Anfrage seiner Fraktion zur Situation der Kindertagesstätten in NRW. Wissenschaftliche Untersuchungen hätten übereinstimmend festgestellt, daß Kinder, die solche Einrichtungen besuchten, die folgenden Lebensabschnitte besser meistern könnten. Daher müsse allen Kindern auch die Möglichkeit geboten werden, Kindergärten aufsuchen zu können, fordert der CDU-Abgeordnete. Alleinerziehenden Berufstätigen sollte es darüber hinaus möglich sein, ihre schulpflichtigen Kinder in Horte zu schicken.

Schließlich plädiert der Parlamentarier für einen höheren Stellenwert der Familienpolitik. Ungeachtet der Finanzmisere des Landes müßten dafür auch im Haushalt ausreichend Gelder bereitgestellt werden. Statt dessen würden diese wichtigen gesellschaftlichen Zukunftsinvestitionen seit 1980 ständig gekürzt, kritisiert der Remscheider.

Trotz eines großen Arbeitspensums versucht der Familienvater noch Zeit für seine vier Kinder zu haben – und gelegentlich auch für seine Hobbys: Skat- und Tischtennispielen.

Jochen Jurettko